



Von Neonazis thematisiert und damit kontaminiert – Kritik am US-Imperialismus: Dortmund 2006 – foto: arbeiterfotografie.com

ÜBER ALTE UND NEUE DISKURSPIRATEN

Das Thema ist für uns nicht neu, es ist das offizielle Anliegen unseres Verbandes: "Die Bedeutungsfelder der politischen Grundbegriffe sind das Terrain, auf dem der Kampf um die geistige Vorherrschaft in der Gesellschaft ausgetragen wird. Hier findet der eigentliche Kampf der Kulturen statt, der Kampf zwischen der Kultur der Herrschenden und der Kultur der Beherrschten." Das Zitat ist in unserem Extra-Heft (Freidenker, Die Richtigstellung der Begriffe, Nr.4-12, S.5) zu finden, in dem wir die Aufgaben unserer inhaltlichen Arbeit festgelegt haben.

Es geht also um den Kampf um unsere Kultur und damit um unsere Sprache. In diesem Zusammenhang hatten wir Sabine Kebir am 4. November ins Kölner Freidenker-Zentrum eingeladen. Sie zeichnete die Geschichte der Diskurspiraterie - die Besetzung unserer Sprache durch den Gegner - am Beispiel der italienischen und deutschen Faschisten nach. Aber die Ursprünge hierfür liegen nicht in diesen zugespitzten Formen bürgerlicher Herrschaft, sondern in ihr selbst.

Das allgemeine Wahlrecht und seine Folgen

Ab 1989 wurde die systematische Umdeutung vormals eindeutig fortschrittlicher Begriffe von den herrschenden

Medien forciert. So mutierte z.B. die Solidarität, die gegenseitige Hilfe gleichberechtigter Personen, zur charity, dem Geben von Almosen. Oder aber die Konterrevolution, die die DDR zerstörte, mutierte zur friedlichen Revolution. Diese Begriffspiraterie hat, wie Sabine Kebir ausführte, eine lange Tradition. Und die begann mit der Einführung des allgemeinen bürgerlichen Wahlrechts.

Mit der Beteiligung grösserer Bevölkerungsschichten an der politischen Gestaltung wuchs die Notwendigkeit, die Willensbildung subtiler zu beeinflussen. Hatte ja selbst die bürgerliche Klasse ihren Kotau vor dem Adel und den

religiösen Führern verweigert, so konnte sie dies nicht von denjenigen verlangen, mit deren Hilfe sie zwar an die Macht gekommen war, die sie aber nicht daran beteiligen wollte: dem Proletariat und den Bauern. Insbesondere war mit den immensen Wahlerfolgen der sozialistischen/sozialdemokratischen Parteien in den westeuropäischen Industrienationen eine reale antibürgerliche Gefahr entstanden.

Das Ziel bestand also darin, den öffentlichen Diskurs im bürgerlichen Herrschaftsinteresse zu lenken. Die unmittelbarste Form der Zurichtung bestand in der Zensur. Eine andere war die Zurichtung der Massenkultur. So wurden z.B. in der Trivilliteratur die Ideale einer untergegangenen Welt beschworen. Die erfolgreichste Variante jedoch war die Integration der Arbeiterführer. Sie mussten in Folge ihren Verrat vor der eigenen Klientel bemänteln und taten dies, indem er in vermeintlich revolutionäre Phrasen verpackt wurde. Ein Paradebeispiel ist hierfür Benito Mussolini.

Die italienischen Faschisten ...

Die italienischen Sozialisten votierten 1914 zu Beginn des 1. Weltkrieges für die Neutralität Italiens. Mussolini, Mitglied der Partei und Chefredakteur der Parteizeitung Avanti, widersprach öffentlich der Partei und forderte eine aktive Beteiligung am Krieg. Daraufhin wurde er aus der Partei ausgeschlossen. Seine Begründung ist interessant: er definierte Italien als proletarische Nation, die im europäischen Rahmen bisher zu kurz gekommen sei. Eine aktive Kriegsbeteiligung mit dem Ziel der Eroberung von Kolonien (Libyen) könne zur Emanzipation der Nation beitragen. (Anmerkung: Dieses Muster der Argumentation verwendeten auch die deutschen Sozialdemokraten. Sie votierten 1914

für die Gewährung der Kriegskredite mit dem Argument, die deutsche Arbeiterklasse müsse Russland vom Joch des Zaren befreien. Ebenso wie Mussolini definierten die Sozialdemokraten den imperialistischen in einen Klassenkrieg um).

Mussolini gelang es, eine breite Massenbasis aufzubauen. Insbesondere nach der Machtübernahme 1922 verzauerte er sein Publikum weiterhin mit Elementen proletarischer Rhetorik. Jedoch diente seine Rhetorik - entsprechend dem Argumentationsmuster für den Kriegseintritt - zur Rechtfertigung der aggressiven Innen- und Aussenpolitik der faschistischen Militärdiktatur.

... und die deutschen Faschisten

Mussolinis Identifikation des Proletarischen mit einer kapitalistisch organisierten Nation ist bei Josef Goebbels wiederzufinden. Zunächst einmal tat er den Kunstgriff, das Finanz- vom Produktionskapital zu trennen und beide Kapitalformen als antagonistisch zueinander handelnd darzustellen. Die Vertreter des Finanzkapitals identifizierte er mit den Siegermächten des 1. Weltkrieges - England, die USA und Frankreich. Dieses Finanzkapital sei 'internationalistisch', denn mittels seiner Macht zerstöre es Nationen. Diese Rhetorik wurde für den deutschen Faschismus stilbildend. Antikapitalistisch - gegen das internationale Finanzkapital und für das nationale, das (recht)schaffende Kapital. Nicht wenige, auch ehemals sozialdemokratische Arbeiter vergassen schnell den Unterschied zwischen Kapital und Arbeit, hofften sie doch, ein starkes nationales Kapital erlöse sie von der desolaten wirtschaftlichen Situation in Deutschland nach der Weltwirtschaftskrise (Anmerkung: die Standortlogik der sozialdemokratisch geprägten Gewerkschaften in der BRD hat hier ihren Ursprung: "Wenn es dem Kapital gut geht, geht es auch den Arbeitern gut"). Ein weiterer Baustein in der antikapitalistischen Rhetorik war das Versprechen der Nationalisierung privatwirtschaftlicher Betriebe. Auch hier lauerte der Betrug. Denn die tatsächlich verstaatlichten Betriebe gingen nicht in Arbeiterhand. Es waren ausschliesslich vom Ruin bedrohte Betriebe (Reichsbahn, Dredner Bank), die dann mit Steuergeldern saniert wurden.

Der Kampf um die Begriffe

Der italienische Kommunist Antonio Gramsci, der in den 20er Jahren den Aufstieg Mussolinis kommentierte, hatte die verheerende Wirkung der Umdeutung fortschrittlicher Begriffe erkannt. Er betrachtete es als einen Teil des Klassenkampfes, sich dieser Umdeutung entgegen zu stellen und somit die Deutungshoheit über die eigenen Begriffe - die kulturelle Hegemonie - nicht dem Klassenfeind zu überlassen.

Nach der Zerschlagung der faschistischen Herrschaft in Deutschland führten diejenigen Kreise, die ihn zur Macht gebracht hatten, den Kampf um die Begriffe auf ihre Art weiter: sie identifizierten die Rhetorik und Formensprache des Faschismus mit derjenigen der DDR. Volkseigene Betriebe wurden mit den nationalisierten im Faschismus und die Aufmärsche der Hitler-Jugend mit denen der FDJ gleichgesetzt. So wurde schon frühzeitig die Mär von der Gleich-

heit rechter und linker Herrschaftsformen vorbereitet.

Auch Gramsci vertrat die Ansicht, dass die Formen und Begriffe zunächst neutral, d.h. das die Form und der Inhalt nicht deckungsgleich seien. Als Beispiel führte die Referentin den italienischen Futurismus an. Diese Kunstrichtung entstand zu Beginn des 20.ten Jahrhunderts, die in ihrer Formensprache den technischen Fortschritt idealisierte. In ihrer Entstehungszeit hatten die führenden Vertreter dieser Richtung positive Bezüge zur Arbeiterbewegung. Als 1920 in Italien Industriebetriebe (z.B. das Fiat-Werk in Turin) durch Arbeiter-Räte übernommen und in Eigenregie geführt wurden, solidarisierte sich der Futurist Tomaso Marinetti mit ihnen. Mit dem Aufstieg der Faschisten jedoch wechselten die Futuristen auf die Seite der neuen Machthaber, ohne ihre Formensprache zu verändern.

Anmerkung: Nun ist jedoch zu fragen, inwieweit der Futurismus nicht selbst schon in seiner Formensprache den Keim der Faschisierung in sich trug. Denn hier wurde der gesellschaftliche Fortschritt einzig und allein als technischer definiert. Die Menschen folgen ihm stromlinienförmig und angepasst ohne selbst als handelnde Subjekte in Erscheinung zu treten. Auch die deutschen Faschisten verwendeten Elemente der Arbeiterbewegung. Nur ist die Formensprache eines Massenaufmarsches der Hitlerjugend eine andere als die z.B. der Massendemonstrationen anlässlich der Weltjugendfestspiele in der DDR 1952.

Der Kampf um die Köpfe ist nicht nur mit Worten zu führen. In der an den Vortrag anschliessenden Diskussion kam die Notwendigkeit zum Ausdruck, die Ebene der reinen Begriffsbestimmungen zu verlassen. Es sei vielleicht irreführend, lediglich vom Kampf um die kulturelle Hegemonie zu sprechen. Angemessener, weil umfassender, ist der Begriff des Klassenkampfes. Denn er ist eine aktive Auseinandersetzung mit den bestehenden Verhältnissen. Die ureigensten Interessen werden konkret formuliert und eingefordert, als da sind: die Rechte auf Nahrung, Arbeit, Kultur und Frieden - kurz, die Menschenrechte. Diese Ziele entsprechen den Bedürfnissen der Menschen und für sie sind sie bereit, sie in vielen kleinen Kämpfen zu erstreiten. In den Auseinandersetzungen entstehen die nötigen Einsichten und das Selbstbewusstsein, dass eine neue Gesellschaft in Angriff genommen werden kann und muss.

Stattdessen verbeissen sich linke Organisationen in ein abstraktes Bild vom Sozialismus und tappen damit sehr schnell in die Falle, fortschrittliche Bewegungen bzw. Staaten nur dieser abstrakten Form nach zu beurteilen. Die Stalinismus-Debatte ist ein Beispiel hierfür. Eine wichtige Etappe in der Sowjetunion wird tabuisiert, indem Stalin zum Dämon erklärt wird. Folglich werfen diese Linken nicht nur jegliches Geschichtsverständnis im Sinne des historischen Materialismus über Bord. Sie blenden auch die positiven historischen Leistungen (Gewährung umfassender sozialer Rechte in der und die Zerschlagung des deutschen Faschismus durch die SU) aus dem Erfahrungsschatz der Arbeiterbewegung aus. Analog werden die emanzipativen Grundlagen, die die VR China geschaffen hat, ausser acht gelassen. Und damit gehen schon gemachte Erfahrungen verloren und es kann auch nicht mehr auf die Machbarkeit konkreter Fortschritte in anderen Ländern verwiesen werden.

Zudem wird das Wort Klassenkampf bei vielen Linken als nicht mehr 'zeitgemäss' bezeichnet. Denn es sei in der Öffentlichkeit noch zu sehr verbunden mit den organisierten Fabrikarbeitern, die es ja in dem Umfang nicht mehr gebe. Dies ist ein merkwürdiges Verständnis. Denn der Klassenkampf wird ja nicht ausgerufen, sondern er findet tagtäglich statt und ein unorganisierter Arbeiter mit Werkvertrag bleibt ein Lohnarbeiter. Nur wird der Klassenkampf zur Zeit prägend vom Imperialismus geführt. Zumindest einer ihrer Vertreter, Warren Buffett, hat dies erkannt und siegesgewiss verkündet: "If class warfare is being waged in America, my class is clearly winning" (www.berkshirehathaway.com/2003ar/2003ar.pdf). Dies war kein ideologischer Schlachtruf, sondern Buffett zog die Bilanz auf der Grundlage der realen Machtverhältnisse.



Entsprechend ist auch für uns der Klassenkampf kein rein ideologisches Problem. Das Bewusstsein über die Notwendigkeit der Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft entsteht aber weder spontan noch als Bauplan am grünen Tisch.

Was tun und mit wem?

Zunächst einmal - entgegen dem Titel unserer Veranstaltung - war und ist die Begriffspiraterie keine Unart der Faschisten, sie ist das Alltagsgeschäft des bürgerlichen Lagers. Insgesamt kann gesagt werden, dass sie auf den Raub unserer Sprache gerichtet ist, mit der wir unsere eigenen Ziele ausdrücken wollen. Und dieser Raub findet auf allen Ebenen statt, z.B. auch auf der der Werbung. Das Konterfei von Che Guevara auf dem t-shirt verkommt zum Dekor und mit ihm werden die Kassen seiner Gegner gefüllt.

Folglich müssen wir um unsere Sprache kämpfen. Und das bedeutet zweierlei. Erstens dürfen wir gekaperte Begriffe nicht einfach fallen lassen. So sind z.B. die Begriffe Volk und Nation per se keine faschistischen. Das faschistische Herrenvolk hat nichts gemein mit dem Volk, das friedlich mit anderen Völkern zusammenlebt und eine Nation muss nicht identisch sein mit einer kapitalistisch organisierten. Denn beide Begriffe sind verbunden mit der Frage nach dem Oben und dem Unten. Und wir müssen sie mit den Zielen, die die Lebensperspektiven des Unten zum Ausdruck bringen, füllen.

Zweitens müssen wir mit denen reden, die dem Neusprech der Herrschenden auf den Leim gegangen sind. Berührungsgängste sind hier völlig fehl am Platz, ja sie sind absurd. Denn das bürgerliche Lager bis hin zu den faschistischen Organisationen führen tagtäglich den Krieg um die Köpfe. Sie tun dies, indem sie reale Probleme zur Sprache bringen. Kriegsangst, Existenzängste und die soziale Ausgrenzung sind ja nicht herbeigeredet, sondern bestimmen den Alltag der Menschen und machen sie empfänglich für vermeintlich einfache Lösungen. Wenn wir die Opfer

vorschnell verloren geben, dann stehen wir sehr schnell sehr allein da und akzeptieren damit die immer wieder propagierte Unmöglichkeit des Kampfes für eine bessere Welt.

Der Kampf um die Köpfe muss auch in den demokratischen Institutionen geführt werden. Verlassen wir demokratische Strukturen, nur weil ein Vertreter einer profaschistischen Organisation dort anwesend ist, dann überlassen wir ihnen das Terrain, auf dem sie ungestört eben die

Von Neonazis thematisiert und damit kontaminiert: „Antizionismus“ und „Meinungsfreiheit“ letzteres bezogen auf §§ 86 und 130 StGB, Dortmund 2006 – foto: arbeiterfotografie

se Institutionen abschaffen werden. Ebenso gilt es, die bürgerlichen Freiheiten zu verteidigen, von denen einige ja erst nach langen Kämpfen der Arbeiterklasse zugestanden wurden. Aber auch hier arbeitet ein Teil der Linken aktiv an der Zerstörung mit. Dass hier Geheimdienste ihre Hand im Spiel haben, ist sehr wahrscheinlich. Es wirft aber ein Schlaglicht auf die Verfasstheit dieser Linken, wenn sie mantragleich und ungeprüft Begriffe (Antisemit, Querfront, 'offen gegen rechts') an Personen/Organisationen heften, um sie mundtot zu machen bzw. aus dem öffentlichen Diskurs auszuschliessen. Diese sogenannten Linken betreiben das Geschäft der Gegenseite, denn sie arbeiten aktiv daran mit, das demokratische Recht der Redefreiheit ausser Kraft zu setzen.

Es scheint, dass wir uns zur Zeit auf zu vielen Ebenen zur Wehr setzen müssen. Aber wir müssen es und eine gute Grundlage hierfür sind klare Begriffe, die unsere, d.h. anti-kapitalistischen und damit antiimperialistischen Interessen zum Ausdruck bringen. Und wen dennoch ab und an die Mutlosigkeit befällt, für den hatte Bertold Brecht parat:

"Ich vermochte nur wenig. Aber die Herrschenden saßen ohne mich sicherer, das hoffte ich." (An die Nachgeborenen, 1934) (foxx)

Zum Nachlesen:

Sabine Kebir, Rechte Piraten in linken Gewässern, Junge Welt, 27. April 2017 und www.sabine-kebir.de

immer wieder mittwochs: NRhZ.de

NRhZ-ONLINE
Neue Rheinische Zeitung

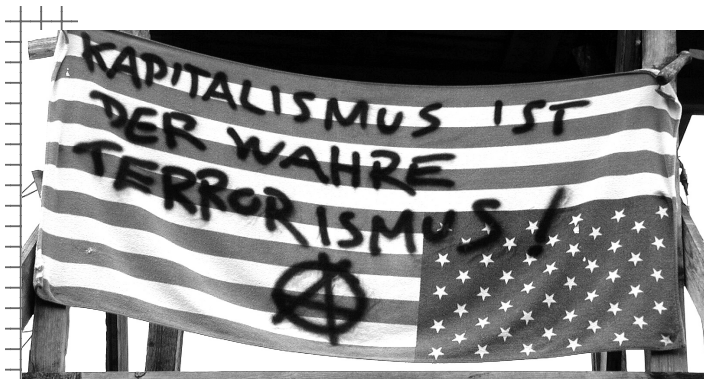
Was ist Antifaschismus?

Das Wort Antifaschismus ist heute in vieler Munde. Aber meinen alle dasselbe, wenn sie zur antifaschistischen Tat schreiten? Droht erneut eine faschistische Herrschaft in Deutschland und welche der gängigen antifaschistischen Konzepte taugen, diese zu verhindern? Am 16. September beleuchtete Jürgen Lloyd, ehemaliger Leiter der Antifakommission des Parteivorstands der DKP, alle Facetten des Antifaschismus und die notwendigen Konsequenzen für eine erfolgreiche antifaschistische Politik.

Das Wort Antifaschismus ist zunächst eine Negation: gegen den Faschismus. Für sich allein gibt das Wort jedoch keine Auskunft, worin der Antifaschismus konkret besteht, wie der Gegner aussieht und was an die Stelle des Faschismus zu stehen habe. Sehen wir uns zunächst an, wie der Gegner, der Faschismus, entsteht und wodurch er gekennzeichnet ist.

Die Wurzeln des Faschismus

Der Friede im Hinterland ist lebensnotwendig für das Kapital. Die Beherrschten dürfen ihrer Lage nicht gewahr werden. In den Anfängen der bürgerlichen Herrschaft suchten die staatlichen Machtapparate noch einen Ausgleich der Interessen der unterschiedlichen Klassen und Schichten. Mit der Herausbildung des Monopolkapitals jedoch wächst auch seine Krisenanfälligkeit, die Widersprüche in der Gesellschaft werden augenscheinlicher. Jetzt sind Kräfte notwendig, die den Beherrschten ihre Lage umdefinieren:



2007, mit Gründung von „BAK Shalom“, wird der Imperialismus gesellschaftsfähig innerhalb der Linken. Dagegen gibt es den Aufruf der linksjugend solid <http://stop-bak-shalom.blogspot.de> „Wir müssen uns mit den Linken in Israel und Palästina solidarisieren. Wir dürfen nicht zulassen, dass während... in den Straßen von Tel Aviv unsere Genossen von Neonazis gejagt werden die gleichen ultra-zionistischen Strukturen hier in Deutschland innerhalb der Linkspartei toleriert werden.“
foto: arbeiterfotografie.com (November 2001: „echte“ AntiFa)

sozialdemokratische, esoterische und rassistische Ideologien haben jetzt Hochkonjunktur. Politische Parteien, die Medien und die Kultur werden eingebunden mit dem Ziel, die Interessen des Kapitals als die Interessen der Beherrschten zu verkaufen.

Was passiert, wenn die Integration der Beherrschten auf Grund der zunehmenden ökonomischen und politischen Krisen nicht mehr funktioniert? Hier sind viele Varianten denkbar: vom schrittweisen Rückbau des parlamentarischen Systems, wie z.B. der Verlängerung der Legislatur-

perioden, eines Mehrheits- anstelle des Verhältniswahlrechts, der Proklamation des Ausnahmezustandes. Und wenn alle diese Massnahmen die Beherrschten nicht zur 'Besinnung' bringen, dann bleibt nur die zwangsweise Integration der Beherrschten, die Errichtung einer faschistischen Diktatur. Diese kann mittels eines Militärputsches, aber auch auf der Grundlage einer breiten Zustimmung durch die Beherrschten erfolgen.

Faschistische Massenbewegungen

Die realen Machtverhältnisse haben einen immensen Vorteil: sie verstellen sich. Denn scheinbar stehen sich im ökonomischen und gesellschaftlichen Leben gleichberechtigte Vertragspartner gegenüber. Ihre Waren, die sie verkaufen, sind in diesen Verhältnissen unterschiedslos. Ihre Positionen müssen sie in Konkurrenz zu anderen Marktteilnehmern behaupten. Das Prinzip des 'ein Jeder ist des anderen Wolf' erscheint als Naturgesetz, dem alle mit demselben Risiko des Untergangs unterworfen sind.

Mit der Zunahme und Heftigkeit der Krisen des Imperialismus werden jedoch den von allem Besitz freien Lohnarbeitern ihre ökonomische Chancenlosigkeit, die eigene Haut zu retten, schlaglichtartig klar. Gefangen in der jahrzehntelang eingeübten Ideologie, suchen sie reflexartig Lösungen entsprechend dem Wolfsgesetz. Der Rassismus entspricht genau diesem Lösungsmuster: als minderwertig definierte Menschen (Kranke, Alte, Menschen fremder Nation und Religionen) werden mit dem Hintergedanken ausgegrenzt, ein paar Brosamen in die eigene Tasche zu retten. Folglich ist der Rassismus kein Alleinstellungsmerkmal für den Faschismus, er kann aber als allseits bekanntes Denkmuster für den Aufbau einer faschistischen Massenbewegung benutzt werden.

Ausblicke ...

Eine faschistische Herrschaft ist entsprechend ihrer Aufgabenstellung in jedem imperialistischen Land möglich. Jürgen Lloyd hat in seinem Referat wichtige Aspekte genannt, die antifaschistische Politik zu beachten habe, wenn sie erfolgreich sein will. Faschistische Massenbewegungen sind nicht die Ursache, sondern ein mögliches Vehikel zur Errichtung einer faschistischen Herrschaft. Ergo arbeitet eine Antifa-Politik, die lediglich versucht, rassistische und/oder faschistische Massenaufläufe zu verhindern, dem eigentlichen Verursacher der ideologischen Misere in die Hand. Denn der Imperialismus bleibt ungenannt. Vielmehr ist der Aufbau einer breiten Bewegung gegen alle Versuche, demokratische Institutionen abzuschaffen, notwendig. Und die kann sich rekrutieren aus all denjenigen, den der Imperialismus an den Kragen will.

Der Faschismus kommt auf leisen Sohlen, umschrieben mit 'Rechtentwicklung'. Deshalb muss jeder noch so kleinen Einschränkung bürgerlicher Freiheiten der Kampf angesagt werden. Dennoch bleibt die Mobilisierung gegen das Auftreten organisierter Faschisten ein wichtiger Bestandteil von Antifa-Politik. Denn hier reklamieren die "brutalsten Akteure monopolkapitalistischer Interessendurchsetzung" den öffentlichen Raum für sich. Desweiteren versuchen die Stichwortgeber für die faschistischen Massenbewegungen, sich als Opposition zum System darzustellen. Auch hier ist geduldige Aufklärung notwendig. Nicht die brutalere Variante des Imperialismus, sondern der radikale Bruch ist die Lösung. Hierfür jedoch gilt es, die eigentlichen Verursacher der Krisen zu benennen und vor allem, eine Alternative jenseits der herrschenden

Machtverhältnisse aufzuzeigen.

... und ein kleiner Rückblick

Am 15. Juni 1945 wurde in Berlin der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund gegründet. Ein Redner - Roman Chwalek - wies auf die antifaschistische Aufgabenstellung der neuen Gewerkschaft hin: "Der Faschismus konnte nur zur Macht kommen, weil in Deutschland keine einheitliche geschlossene Kraft vorhanden war, dies zu verhindern. Die Spaltung der Arbeiterklasse war eine der Ursachen." Einige Jahre später, auf der 2. Interzonenkonferenz des FDGB in Hannover, wurden die Resultate der deutschlandweit durchgeführten Entnazifizierungsprogramme bewertet. "Die Entnazifizierung in der sowjetischen Besatzungszone kann man wohl im wesentlichen als abgeschlossen betrachten. Die Entnazifizierung war ein Prozeß sozialer Reformen [...], die großen Reformen waren 1. die Agrarreform, 2. die Industriereform [...], 3. die Schulreform."

Der Vortrag von Jürgen Lloyd ist nachzulesen auf unserer website. (foxx)



Eine ideologiekritische Intervention gegen die Instrumentalisierung von Juden, Judentum und der jüdischen Katastrophe

Der Rechtstrend in der westlichen Welt hat bizarre Erscheinungsformen. Linke werden als »Nazis«, jüdische Antifaschisten als »Verräter« diffamiert. Bereits Anfang der 1980er-Jahre klagte der Dichter Erich Fried die Stigmatisierung jüdischer Linker als »rote Antisemiten« durch »Sprecher des Westens« an. Seine von den ersten Verwerfungen des neoliberal radikalisierten Kapitalismus geprägte Gegenwart beschrieb er als »Zeit der Verleumder«. Was damals mit wütenden Polemiken begann, ist heute zu einem Komplex aus Rufmordkampagnen und Sanktionen ausgewachsen, die aus den etablierten Parteien und AfD, von neokonservativen »Antideutschen«, »Antinationalen« und christlichen Fundamentalisten initiiert und von den hegemonialen Medien propagiert werden.

Kritische Juden sind wütesten Attacken ausgesetzt: Drohungen, vereinzelt sogar Tötlichkeiten, meist aber Beschimpfungen und Herabwürdigungen, wie »Alibi-Jude« und »selbsthassender Jude«, sogar Holocaust-Überlebender und deren Nachkommen, gehören mittlerweile zum politischen Alltag. Die im September von der Deutschen Bundesregierung angenommene groteske Antisemitismus-Definition, mit der so gut wie jede Kritik an Israel, sogar an »nicht-jüdischen Einzelpersonen und/oder deren Eigentum« als Erscheinungsformen von Judenhass gebrandmarkt werden soll, zielt auf eine Kriminalisierung jüdischer Marxisten und anderer kapitalismuskritischer Linker. Die jüngst von deutschen Bürgermeistern und ihren Magistraten auf den Weg gebrachte Verordnung des Entzugs öffentlicher Veranstaltungsräume, durch den offensichtlich ein Redeverbot für jüdische Linke im Täterland exekutiert werden soll, wird den ohnehin in der Berliner Republik fortschreitenden Prozess der Entdemokratisierung und Einschränkung der Meinungsfreiheit beschleunigen.

...Wie die von Neocons und anderen Rechten in Großbritannien organisierte und zur regelrechten Hexenjagd

eskalierende Hetze in Form von haltlosen Antisemitismusrückwürfen gegen Jeremy Corbyn und seine (jüdischen) Unterstützer zeigt, sind ähnliche dramatische Verschiebungen der politischen Koordinaten international in vollem Gange – offensichtlich, um auch noch den letzten Widerstand gegen Sozialabbau und die zusehends skrupellose Umverteilung von unten nach oben wie gegen Aufrüstung und imperialistische Aggressionen zu brechen.

Vor diesem Hintergrund ist es besonders irritierend, dass die Mehrheit der deutschen Linken samt ihren Medien diese verheerende Entwicklung verdrängt, beschweigt – nicht selten sogar gegen jüdische Sozialisten und Kommunisten in Stellung geht...

Siehe auch ideologiekritischen Konferenz am 10. Februar 2018 in Berlin. <http://projektkritischeaufklaerung.de>

Das ist die Methode der „antideutschen“ Diffamierungskampagnen, die seit der Jahrtausend-Wende den Diskurs der Macht im politisch linken Milieu durchzusetzen versuchen. Ihre Stichworte (im wörtlichen Sinne) sind: „Antisemitismus“, „Antiamerikanismus“ und Verschwörungstheorie“. Mit „Antisemitismus“ wird versucht, die Kritik an der Politik des Staates Israel zu delegitimieren, mit „Antiamerikanismus“ die Kritik am Imperialismus und der Kriegspolitik der USA, mit „Verschwörungstheorie“ jede Analyse und Kritik des Diskurses der Macht selbst. Diese Kampagne(n) werden bevorzugt von ehemaligen Linken betrieben, die damit ihre neo-konservative Wende euphemisieren und sich in aggressiver Weise journalistisch „nach oben“ pushen, und: oben angekommen oft mit höchsten Auszeichnungen empfangen werden. Als gewendete ehemalige Linke wirken sie im verbliebenen linken Milieu besonders „überzeugend“... Gerade weil die schwerwiegenden Behauptungen nicht nachprüfbar, weil nicht belegt sind, ist dieser „Offene Brief“ so gefährlich: er setzt die Angegriffenen: Klaus-Jürgen Bruder und letztlich den gesamten Vorstand der „Neuen Gesellschaft für Psychologie“, solange dieser sich nicht von Bruder distanziert, in den Status des zur Verteidigung Unfähigen, weil der Mittel der Verteidigung beraubt, weil die Vorwürfe nicht nachprüfbar sind. Aus einem Kommentar (Dezember 2017) des Vorstands der Neuen Gesellschaft für Psychologie – ngfp.de

Die Deutschen und alle, die sich dem Kapitalismus widersetzen, werden zu Palästinensern, die der Besetzung Widerstand leisten. So oder so – und das sage ich auch den Anti-Deutschen und den deutschen Linken, die Israel unterstützen: die Unterstützung Israels bedeutet nichts anderes, als die Unterstützung des kapitalistischen Systems. Es ist ein Ding der Unmöglichkeit Antiimperialist und Antikapitalist sein zu wollen und gleichzeitig Pro-Israel zu sein. Das ist ein schlimmer Weg, weil Israel ein mächtiger Verfechter des Kapitalismus ist mit seinen Waffen und der Beziehung zu den herrschenden Klassen der ganzen Welt. Es ist unmöglich, hier Israel zu unterstützen, und sonst wo auch immer gegen Kapitalismus aufzutreten. Israel ist eine der führenden militärischen Kräfte, die den Kapitalismus antreiben. Das sagt Jeff Halper, 1997 Gründer des Israeli-Komitees gegen Häuserzerstörung und Mitinitiator des Russel Tribunals zu Palästina im Interview mit der Neuen Rheinischen Zeitung (639 / 29.11.2017 / id=24395)

NATO raus  **raus aus der NATO**
www.neinzurnato.de – aktuell über 60 Unterstützergruppen



KLASSIKER

Herbert Marcuse

Der eindimensionale Mensch

„Die Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft“ ist der Untertitel des 1964 in den USA (1967 in Deutschland) veröffentlichten Werkes „Der eindimensionale Mensch“ des Soziologen und Philosophen der Frankfurter Schule, Herbert Marcuse. M konstatiert sowohl in der Wissenschaft als auch im öffentlichen Diskurs ein „eindimensionales“ und „positives“ bzw. „positivistisches“ Denken. Insbesondere die Wissenschaft flüchte sich aus Furcht vor Werturteilen oder politischer Einmischung in die Empirie und in quantitatives Denken. Marcuse setzt dem die Negation entgegen: einerseits die Verneinung durch Kritik, andererseits die Weigerung, das Spiel mitzuspielen und die Suche nach dem qualitativ Anderen. M ist bezüglich der Änderung dieser Verhältnisse sehr pessimistisch und betont die stabilisierende, affirmative Kraft des eindimensionalen Denkens (hier ein – kleiner – Auszug):

Im fortgeschrittenen Kapitalismus ist technische Rationalität trotz ihrer irrationalen Anwendung im Produktionsapparat verkörpert. Das gilt nicht nur für mechanisierte Fabriken, Werkzeuge und die Erschließung von Ressourcen, sondern auch für die Arbeitsweise als Anpassung an den maschinellen Prozeß und seine Lenkung, wie sie im »wissenschaftlichen Management« erfolgen. Weder Verstaatlichung noch Sozialisierung ändern von sich aus diese materielle Verkörperung technologischer Rationalität; im Gegenteil, letztere bleibt eine Vorbedingung für die sozialistische Entwicklung aller Produktivkräfte. Freilich war Marx der Ansicht, daß die Organisation und Leitung des Produktionsapparats durch die »unmittelbaren Produzenten« eine qualitative Änderung in die technische Kontinuität einführen würde: nämlich Produktion zur Befriedigung sich frei entfaltender individueller Bedürfnisse. In dem Maße jedoch, wie der bestehende technische Apparat das öffentliche und private Dasein in allen Bereichen der Gesellschaft verschlingt – das heißt zum Medium von Kontrolle und Zusammenhalt in einem politischen Universum wird, das sich die arbeitenden Klassen einverleibt – in dem Maße würde die qualitative Änderung eine solche in der technologischen Struktur selbst nach sich ziehen. Und eine derartige Änderung würde voraussetzen, daß die arbeitenden Klassen ihrer ganzen Existenz nach diesem Universum entfremdet sind, daß ihr Bewußtsein das der totalen Unmöglichkeit ist, in diesem Universum fortzubestehen, so daß es bei dem Bedürfnis nach qualitativer Änderung um Leben und Tod geht. Daher besteht die Negation vor der Änderung selbst; die Vorstellung, daß die befreienden historischen Kräfte sich innerhalb der etablierten Gesellschaft entwickeln, ist ein Eckstein der Marxschen Theorie. Nun wird gerade dieses neue Bewußtsein, dieser »Innenraum«, der Raum für die transzendierende geschichtliche Praxis von einer Gesellschaft abgeriegelt, in der die Subjekte wie die Objekte Mittel in einem Ganzen sind, das seine raison d' être in den vielfältigen Leistungen seiner überwältigenden Produktivität hat. Sein höchstes Versprechen ist ein stets bequemer werdendes Leben für eine stets zunehmende Anzahl von Menschen, die sich – in einem strengen Sinne – kein qualitativ anderes Universum von Sprache und Handeln vorstellen können; ... Jene, die in der Hölle der Gesellschaft im Überfluß leben müssen, werden mit einer Brutalität bei der Stange gehalten, die mittelalterliche Praktiken und solche der frühen Neuzeit wiederbelebt. Bei den anderen, weniger benachteiligten Menschen nimmt sich die Gesellschaft des Bedürfnisses nach Befreiung an, indem sie die Bedürfnisse befriedigt, die die Sklaverei schmackhaft und vielleicht sogar unbemerkbar machen, und sie erreicht diese Tatsache im Produktionsprozeß selbst....

KÖLNER KARLSPREIS-VERLEIHUNG IN BERLIN – MIT UNTERSTÜTZUNG DES NRW-LANDESVERBANDS (LV BERLIN UND BUNDESVERBAND) DER FREIDENKER AN KEN JEBSEN UND KENFM

Wolfgang Bittner, Kölner Karlspreisträger für Engagierte Literatur und Publizistik (2010) der Neuen Rheinischen Zeitung: Aus heutiger Sicht war es wohl ein Glück, dass Ken Jepsen 2012 nach zehnjähriger erfolgreicher Tätigkeit als Moderator beim Rundfunk Berlin Brandenburg wegen angeblicher Verstöße gegen journalistische Standards entlassen wurde. Vorausgegangen war eine regelrechte Kampagne, in der Jepsen Antisemitismus und Holocaust-Leugnung vorgeworfen wurden. Dass es sich dabei um eine Verleumdung handelte, war bald geklärt. In einer Meldung der Pressestelle des rbb hieß es: „Die Vorwürfe gegen den Moderator, er verbreite antisemitisches Gedankengut und verleugne den Holocaust, hält der Rundfunk Berlin-Brandenburg für unbegründet.“ Aber wer mit Dreck beworfen wird, hat Mühe, sich reinzuwaschen. Noch dazu wenn er als Journalist investigativ arbeitet und Gegenpositionen zum Mainstream einnimmt.

Aktion von Gehrcke und Reymann „Empört Euch!“ Der Platz reicht nicht aus, hier alles wiederzugeben, was (u.a.) die Denunziationskampagne des „Linken“ Berliner Zensur-Senators Klaus Lederer losgetreten hat... (Pressendoku siehe NRhZ 641 vom 22.12.2017 - nrhz.de...id=24446)

Klaus Hartmann referierte: Mit "Fake News" in den Krieg? (nrhz.de...id=24432) „Ich will sagen: Er (der Begriff) stammt aus den 1920er Jahren, da hat ihn die KPD immer gebraucht, gegen die 'Hugenberg'sche Lügenpresse'. Und von daher sind wir, glaube ich, in einer guten Gesellschaft, wenn wir den Nachfolgern des Hugenberg-Konzerns, die Namen wurden hier heute schon genannt (Springer, Burda, Bertelsmann, Funke etc.), diesen Ehrentitel weitergeben.“

Laudator Mathias Bröckers: „Die erste Freiheit der Presse ist es, kein Gewerbe zu sein“, notierte einer der bekanntesten Journalisten des 19. Jahrhunderts, der Namensgeber des heute verliehenen Preises, Karl Marx. Weil sich KenFM mit seinem nutzer-finanzierten Kanal diese Freiheit erfolgreich genommen hat, verdient Ken Jepsen diesen Karlspreis heute wie kaum ein anderer, denn er exerziert echte Pressefreiheit wie kaum ein anderer – und ist damit der perfekte Gegenpol zu jener Pressefreiheit, die der FAZ-Mitgründer Paul Sethe einst als die „Freiheit von zweihundert reichen Leuten, ihre Meinung zu verbreiten“ bezeichnete. (id=24428)

Kabarettistin Lisa Fitz in ihrem Grusswort zur Preisverleihung: "Für wesentlich gefährlicher als die Globale Erwärmung halte ich die globale Verblödung... Ein beliebtes Mittel, Skeptiker mundtot zu machen, ist das ignorante Totschlagargument vom 'Verschwörungstheoretiker'."

Fulvio Grimaldi (Filmautor von „Maledetta Primavera“ – verfluchter – arabischer – Frühling / Fokus Libyen): Eines aber steht klar. Es geht gegen Krieg und Imperialismus, gegen USA, Israel, Soros und EU, die Leute des Kriegs, der Ausbeutung und der Entwurzelung und Deportierung, um Länder zu leeren und deren Bewohner dann in Europa auszubeuten. Auf der Seite der Angegriffenen, sei es Assad oder Kaddafi oder Saddam oder Maduro oder Putin, wirkt Ken besser als die gesamte so gennante Linke, ob in Deutschland, Italien, irgendwo. Und darauf kommt es an. Wünsche der Kundgebung Erfolg und bin geistig bei der Preisverleihung an Ken dabei.

Auch im Jahr 2018 wollen wir unsere Schlaumeier-Reisen fortsetzen, die zugleich Zeitreisen der Arbeiter- und Friedensbewegung darstellen. Wir hoffen auf Euer Interesse.

Samstag, 24. Februar 2018 – Bundeskunsthalle Bonn
Bestandsaufnahme Gurlitt: Der Nazi-Kunstraub und die Folgen. Als im November 2013 bekannt wird, dass die bayrische Staatsanwaltschaft die Kunstbestände von Cornelius Gurlitt (1932–2014) beschlagnahmt hat, ist das öffentliche Aufsehen groß. Denn die 1500 Kunstwerke, die der zurückgezogen lebende Sohn des Kunsthändlers Hildebrand Gurlitt (1895–1956) von seinem Vater geerbt hatte, sind verdächtig: Handelt es sich um Raubkunst aus der Zeit der faschistischen Gewaltherrschaft?

Samstag, 26. Mai 2018 – Steigerführung in Alsdorf und Stadtrundfahrt durch Aachen 2018 werden die letzten beiden Zechen in Ibbenbüren und Bottrop geschlossen. Für uns Anlass, die Grube Anna in Alsdorf zu besuchen. Hier vor Ort wurde bis Anfang der 80er Jahre Steinkohle abgebaut. Wir erhalten einen ganz persönlichen und authentischen Einblick in das Arbeitsleben „op de Kull“, der Grube Anna II. Neben bergmännischem Fachwissen gibt es auch ganz viel „Verzällchen“ vom Leben und Arbeiten unter- und übertage sowie einen Bergmannsschnaps.

Samstag, 29. September 2018 – Friedenssaal und Zwinger in Münster Der Friedenssaal im gotischen Rathaus von Münster verdankt seinen Namen dem Abschluss des Spanisch-Niederländischen Friedens, der hier am 15. Mai 1648 feierlich beschworen wurde. Der Zwinger im westfälischen Münster ist ein Teil der ehemaligen Stadtbefestigung aus der frühen Neuzeit. In der Zeit des Faschismus war er sowohl Gefängnis als auch Hinrichtungsstätte der Gestapo und wurde durch alliierte Bombenangriffe schwer beschädigt.

Freitag, 8. Dezember 2018 – Nostalgische Bahnfahrt durch das Ruhrtal Eine Fahrt durch mehr als 150 Jahre Industriegeschichte, von der Einmannzeche bis zur Stilllegung des Hochofens der Henrichshütte. Gespräch mit der Bochumer Bundestagsabgeordneten Sevim Dagdelen (angefragt). Besuch des Bochumer Weihnachtsmarktes.



TERMINE / kurz und knapp

Sonntag, 07.01.2018, 11 bis 13 Uhr, Duisburg
Marx in Marxloh mit Klaus von Raussendorf. Thema: „Gott und die Welt – Über den kritischen Gebrauch von Begriffen. Beispiel: Was ist die Gesellschaft?“ Adresse, Anmeldung pp: siehe unten

Samstag, 27. Januar 2018, 16 Uhr, NRW-Zentrum, Köln
Denn ich sah eine neue Erde. Thomas Müntzer – Theologe, Reformator, Revolutionär – ist vielen lediglich als theologischer Gegenspieler Martin Luthers bekannt. Aber es war nicht die Theologie, die sie entzweit hatte. Die Ursachen für ihre unterschiedlichen Positionen und Parteinahmen während der Bauernaufstände zu Beginn des 16. Jahrhunderts sind in den damaligen sozialen und politischen Umwälzungen zu suchen. Auf der Grundlage der Schrift von Friedrich Engels 'Der deutsche Bauernkrieg' wird ein kurzer Abriss über diese Zeit gegeben. Anschliessend zeigen wir den 1970 in der DDR produzierten Film „Denn ich sah eine neue Erde.“

Samstag, 17. Februar 2018, 16 Uhr, NRW-Zentrum, Köln
Fassadendemokratie und tiefer Staat – Auf dem Weg in ein autoritäres Zeitalter. Buchvorstellung und Diskussion mit dem Mit-herausgeber Ulrich Mies und Elias Davidsson
Da sich die Parteien immer weniger voneinander unterscheiden, hat sich der Parlamentarismus der westlichen Demokratien zu einem Theaterstück für die Öffentlichkeit entwickelt. Die reale Macht hinter dem Vorhang liegt jedoch im sog. tiefen Staat. Dieser tiefe Staat ist ein Werkzeug der ökonomisch Mächtigen, deren Funktionseliten sich u.a. in transatlantischen Think-Tanks organisieren. Internationale Medienkonzerne stehen den Mächtigen als Propaganda-Helfer zur Seite und kommunizieren die neoliberale Ideologie und den neuen Militarismus als angeblich alternativlos. Wirtschaftliche und militärische Logik dominieren. Das Ende der Demokratie, wie wir sie kennen, scheint besiegelt. In dem Buch kommen Autoren zu Wort, die den Niedergang der liberalen Demokratien aus unterschiedlichen Blickwinkeln nachzeichnen. Ihr aktueller Status ist mit dem Begriff der Fassadendemokratie passend beschrieben.
Ulrich Mies und Jens Wernicke (Hg.): Fassadendemokratie und Tiefer Staat. Promedia-Verlag, Wien, 272 Seiten; 19,90 Euro

VERANSTALTUNGEN im NRW-FREIDENKER-ZENTRUM, 50678 Köln, Bayenstrasse 11
(erreichbar mit KVB-Linie 15 u. 16 Haltestelle "Ubierring" bzw. KVB-Bus-Linie 106 Haltestelle "Rheinuhafen")

Jeden 1. Sonntag im Monat, 11 bis 13 Uhr, Duisburg
Kaiser-Wilhelm-Straße 284 zum Thema: Die Geschichte der Arbeiterbewegung – mit „Marx in Marxloh“, Vorstellung der Werke und des Wirken von Karl Marx. Eine Bildungsreihe der DFV-Gruppe Duisburg, die sich mit dem Wirken von Karl Marx, dem genialen Denker, Humanisten und Revolutionär befasst. Gegen Spende gibt es ein Frühstück. Telefonische Anmeldung bei Elfie Reiners unter 0203/597388

Jeden zweiten Mittwoch im Monat ab 19 Uhr, Bonn
im Bonner Freidenker-Treff in der "Olive", Brüdergasse 12
Wer regelmäßig eingeladen werden möchte, schicke bitte eine eMail an Klaus von Raussendorf: raussendorf@web.de

Jeden letzten Donnerstag ab 17 Uhr, Köln, FD-Zentrum
Die Kölner Freidenkerinnen und Freidenker und Interessierte treffen sich jeden letzten Donnerstag im Monat ab 17 Uhr im Freidenkerzentrum. Wir diskutieren in lockerer Runde über politische und philosophische Themen.

**1818 – 2018: 200 Jahre Karl Marx
geboren am 5. Mai 1818**

An den Schwankenden



Proteste anlässlich des NATO-Gipfels – 60 Jahre nach der Gründung der NATO. (4.4.2009, hier Kehl auf dem – versperrten – Weg nach Straßburg) ... Testmunition und Gummigeschosse auf Demonstranten à la Genua 2001...
doku/fotos: arbeiterfotografie.com

Du sagst:

Es steht schlecht um unsere Sache.
Die Finsternis nimmt zu.
Die Kräfte nehmen ab.
Jetzt, nachdem wir so viele Jahre gearbeitet haben, sind wir in schwierigerer Lage als am Anfang.

Der Feind aber steht stärker da denn jemals.
Seine Kräfte scheinen gewachsen.
Er hat ein unbesiegliches Aussehen angenommen.

Wir aber haben Fehler gemacht,
es ist nicht zu leugnen.
Unsere Zahl schwindet hin.
Unsere Parolen sind in Unordnung.
Einen Teil unserer Wörter hat der Feind verdreht bis zur Unkenntlichkeit.

Was ist jetzt falsch von dem,
was wir gesagt haben?
Einiges oder alles?
Auf wen rechnen wir noch?
Sind wir Übriggebliebene,
herausgeschleudert aus dem lebendigen Fluß?
Werden wir zurückbleiben?
Keinen mehr verstehend und
von keinem verstanden?
Müssen wir Glück haben? So fragst du.

Erwarte keine andere Antwort als die deine.

Bertold Brecht 1933

*frei*BRIEF ist das Organ des Landesvorstandes
NRW des Deutschen Freidenker-Verbands e.V.
GESCHÄFTSSTELLE:
Bayenstrasse 11, 50678 Köln

LANDESVORSITZ:
Brigitte Streicher
Kleybredde 100 A, 44149 Dortmund
Tel.: 0231 756252, Email: foxx@free.de
Bank: Deutscher Freidenker-Verband, Volksbank
Bonn Rhein-Sieg Kto.-Nr. 1902493014 (BLZ 38060186)
ab 2014 IBAN: DE06 3806 0186 1902 4930 14
BIC: GENODED 1BRS

INTERNET
www.nordrhein-westfalen.freidenker.org/cms

*frei*BRIEF-REDAKTION
Martin Großkopf
Talweg 12, 53842 Troisdorf, Tel: 02241-3011909,
eMail: wickedbighead@gmx.de
Brigitte Streicher
Anneliese Fikentscher (Gestaltung)

REDAKTIONSSCHLUSS
*frei*BRIEF NRW-Info 2018-1: 15. Februar 2018

cccaff@2017